Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Kriegsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 5gesp. mm-Zeile 10 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfg., die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 271 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 19. November 1932

Verkrampfung.

Die Knochen der pommerschen Grenadiere — Zivilcourage — Papens Demission.

Man stelle sich einmal folgendes vor: In Genf beschließt auf Grund irgendwelcher Vorkommnisse der Völkerbundrat mit Stimmenmehrheit die „Exekution" gegen Rußland; der deutsche Vertreter ist dagegen, — aber auf Grund des Artikels 16 des Völkerbundstatuts bzw. der in Herriots „Abrüstungsplan" vorgesehenen Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung wäre Deutschland nun gezwungen, dem Beschluß des Völkerbundrates entsprechend gegen Rußland zu „marschieren". Sich das vorzustellen heißt schon, den ganzen Unsinn derartiger Vorschläge ohne weiteres zu erkennen. Das hat auch ein — englisches Blatt, die „Times", ganz klar und scharf als Antwort auf den französischen Abrüstungs-, lies: Sicherheitsplan gesagt und dabei jegliche, gerade in der englischen Politik der letzten Jahre obwaltende Zweideutigkeit — „Diplomatie" — beiseitegelassen. „Man kann nicht annehmen, daß irgendein Land sich zur Teilnahme an einem Kriege verpflichtet fühlen würde, wenn sein Vertreter im Völkerbundrat gegen die Anwendung von Sanktionen gestimmt hat." Und wenn das schon für „irgendein Land" zutrifft, dann noch viel mehr für Deutschland, das auch heute oder morgen ebensowenig, Bismarcks Wort entsprechend, daran denkt, „die Knochen der pommerschen Grenadiere" für die Interessen des — Völkerbundes einzusetzen zur höheren Ehre Frankreichs und der Bestimmungen von Versailles, St. Germain und anderer Pariser Vororte. Stets habe England, so schreibt ein anderes großes Londoner Blatt, den Grundsatz aufrechterhalten, daß die englische Regierung allein zu entscheiden habe, ob England in den Krieg eintreten solle oder nicht, und wenn dies geschieht, dann nur sie entscheide, was für ein Vorgehen angewandt werden solle. Das ist ein ganz selbstverständlicher staatlicher „sacro egoismo", um das vielverschriene Wort zu gebrauchen, und für das unbewaffnete, jedem Angriff der Nachbarn offenstehende Deutschland gilt er doppelt und dreifach. Es ist ja sehr freundlich von dem englischen Außenminister Sir John Simon, daß er in seiner Rede vor dem Büro der Abrüstungskonferenz sagte, Deutschlands Gleichberechtigung für die Sorge um seine Sicherheit müsse über und durch ein neues Abkommen grundsätzlich festgelegt werden, und dies müsse man auch von vornherein durch Annahme entsprechender Vorschläge sicherstellen. Simon gibt auch den Teil 5 des Versailler Vertrages insofern preis, als eben dieses neue Abkommen dafür geschaffen und in Kraft treten solle. Aber in der Praxis bleibt es bei den rüstungspolitischen Verkrampfungen, weil Deutschland zwar keine den andern gleichstarke Rüstung anlegen soll, aber die gleichen militärischen Verpflichtungen wie die andern zu übernehmen hätte.

*

Es gehört eben ein bißchen „Zivilcourage" dazu, einzugestehen, daß man in eine Sackgasse hineingegangen ist. In der Politik fehlt es oft an diesem Mut. In der Wirtschaft gewinnt man es eher über sich, einzugestehen, daß man falsche Wege ging. Aber auch hier wird der Schritt von der Erkenntnis zur entsprechenden Tat oft nur zögernd getan. Dann geht die Entwicklung eben ihren eigenen Gang, und erfreulicherweise können wir feststellen, daß dieser Weg doch langsam, aber unverkennbar aufwärts führt. Das Gesamtvolumen unseres Außenhandels z. B., also die Ausfuhr und Einfuhr zusammengenommen, ist nach drei Jahren des Einschrumpfens endlich im Oktober wieder recht beträchtlich gestiegen, unsere Fertigwarenausfuhr ist mengen- und wertmäßig nicht unerheblich gewachsen und die Zunahme der Rohstoffeinfuhr beweist, daß auch die Beschäftigung in der deutschen Industrie im Steigen begriffen ist. Übrigens ist aus dem Außenhandelsergebnis des Oktober zu ersehen, daß es auf dem Weltmarkt mit der jahrelangen Preisbaisse der Rohstoffe industrieller Art nun endgültig vorbei zu sein scheint und diese Preise eine „anziehende Tendenz" zeigen. Bei dem Preisniveau der Fertigwaren und Lebensmittel ist diese Tendenz noch „unbestimmt", aber auch hier ist das jahrelange Sinken der Preise ins Stocken geraten oder doch zum mindesten stark verlangsamt. Zweifellos würde das Drängen nach vorwärts und aufwärts viel breiteren Spielraum, viel besseren Erfolg haben, wenn nicht noch überall die zwangsmäßigen, aus Not oder Angst geschaffenen Verkrampfungen auf dem Gebiet der volks- und weltwirtschaftlichen Beziehungen in Kraft und Geltung wären. Die Geld- und Kredit-, Devisen- und Zollpolitik ist von allen Staaten nur der Weltkrise, der Wirtschaftsdepression angepaßt worden: sie müssen als Hemmnisse und Fesseln wirken, wenn die Wirtschaft wieder wächst, neue Ausdehnung in sich entwickelt.

*

Nun soll zunächst einmal auf politischem Gebiet der Versuch gemacht werden, die Verkrampfung dadurch zu lösen, daß „das Persönliche" durch die Demission des Kabinetts Papen aus dem Wege geräumt wird. Dieser Rücktritt erfolgte, weil kein Weg mehr sichtbar war, auf dem unter Führung Papens der Reichspräsident und die Volksvertretung sich finden konnten. Damit handelt das Kabinett, wie es erklärte, „nach dem von ihm schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, daß Rücksichten auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben können". Daß Hindenburg die Demission des Kabinetts annahm, ist ein Beweis dafür, daß er nun mit anderen Persönlichkeiten den Versuch machen will, für das Programm der nationalen Konzentration, für eine Not- und Arbeitsgemeinschaft die Mitarbeit oder die Zustimmung der Mehrheit eines Reichstages zu gewinnen, der mit dem Kabinett Papen nicht mehr zusammenarbeiten wollte. Das hat Papen gewußt, als er bald nach seinem Amtsantritt den Reichstag auflöste. Das hat er am 12. September durch eine zwar rechtlich ungültige, aber doch vollzogene Abstimmung des Reichstags ausdrücklich erfahren müssen. Das ist ihm jetzt wieder durch die Parteiführer eröffnet worden. Da zog Hindenburg die Folgerung und versucht, die politische Verkrampfung zu lösen. Aber das ist erst und nur etwas Negatives. Ob Positives herauskommt, ob also die Parteien nicht bloß einen Kanzler stürzen, sondern einen solchen auch stützen können und wollen, — danach hat Hindenburg jetzt die Parteiführer zu fragen.

Dr. Pr.

Burgfrieden bis 2. Januar verlängert.

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November, die bis zum 19. November befristet war, ist durch Verordnung des Reichspräsidenten bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. J. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden.

Die Parteiführer beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Freitag mit dem Empfang der Parteiführer begonnen, die ihm ihre Ansichten über die politische Lage vortrugen. Als erster erschien um die Mittagszeit der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg. Sodann folgte der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, und der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey. Für Sonnabend wird der Führer der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, sowie der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, beim Reichspräsidenten erwartet.

Hitler hat die Einladung, die der Reichspräsident an ihn hat gelangen lassen, telegraphisch angenommen. Er ist bereits am Freitagnachmittag in einem Sonderflugzeug in Berlin eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich Strasser, Frick, Dietrich, Hanfstängel, Brückner und Bormann. Hitler will offenbar noch vor seinem Empfang durch den Reichspräsidenten einige Besprechungen mit Vertrauensleuten in Berlin abhalten.

Der Reichspräsident wird in den Besprechungen vor allem den Wunsch äußern, die Auffassung der Parteiführer zur Lage und über die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Konzentration kennenzulernen. Aufträge zur Kabinettsbildung werden in den ersten Besprechungen von dem Reichspräsidenten nicht erteilt werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der Reichspräsident eine Persönlichkeit mit der Führung der weiteren Verhandlungen beauftragt; jedenfalls geht vorläufig die Absicht des Reichspräsidenten dahin, die fünf Parteiführer zu bitten, sich gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen.

Im übrigen wird über die Empfänge beim Reichspräsidenten von offizieller Seite strengstes Stillschweigen bewahrt. Der Öffentlichkeit wird nicht einmal die Zeit bekanntgegeben, zu der die einzelnen Parteiführer beim Reichspräsidenten zum Vortrag erscheinen. Dafür aber werden mit um so größerer Beharrlichkeit Gerüchte aller Art verbreitet. Zunächst geht es hierbei um die Person, die der Reichspräsident mit der Neubildung der Reichsregierung beauftragen wird. In erster Reihe werden hier die Namen des stellvertretenden Reichskommissars in Preußen, Dr. Bracht, des Preissenkungskommissars, Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler, sowie des ehemaligen Reichswehrministers Dr. Geßler genannt. Demgegenüber ist zu betonen, daß der Reichspräsident sich völlige Entschlußfreiheit in der Wahl des Reichskanzlers vorbehalten hat, und die Entscheidung hierüber dürfte erst etwa Mitte nächster Woche fallen.

Weiter spricht man in politisch-parlamentarischen Kreisen von einem sogenannten Waffenstillstandsabkommen, während dessen Dauer weder eine Reichstagsauflösung seitens der Regierung noch etwaige Gewaltbeschlüsse seitens des Reichstages ausgeschlossen sein sollen.

Die amtliche Mitteilung über die Empfänge bei Hindenburg.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing Freitag vormittag den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, und Freitag nachmittag den Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, sowie den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, zu Einzelbesprechungen über die politische Lage.

*

Die Stellung der Regierung Papen.

In der Öffentlichkeit wird vielfach die Frage erörtert, welche politisch-parlamentarische Stellung die Reichsregierung Papen nach ihrer Demission hat. Hierzu ist zu sagen, daß das Kabinett von Papen als geschäftsführendes Kabinett nicht durch ein Mißtrauensvotum des Reichstages zu stürzen ist. Es hat trotzdem alle Vollmachten, die ihm bisher zur Verfügung standen, einschließlich der Gegenzeichnung von Notverordnungen durch den Reichskanzler.

Die Gesamtdemission des Kabinetts bedeutet auch den Rücktritt von Dr. Bracht und Dr. Popitz in ihrer Eigenschaft als Reichsminister ohne Portefeuille. Sie haben aber auch an den Aufgaben des geschäftsführenden Kabinetts teil. Der Rücktritt des Kabinetts bedeutet nicht etwa eine Änderung in den Aufgaben Papens als Reichskommissar für Preußen und keinerlei Veränderung in den Aufgaben der kommissarischen Minister, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten für Preußen bestellt sind.

*

Stahlhelm für autoritäre Form der Staatsführung.

Die Reichspressestelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, teilt mit: Die beiden Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, haben an den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet:

„Im Namen des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, der sich dabei eins weiß mit der Mehrheit der arbeitswilligen und aufbaubereiten Deutschen bitten wir Eure Exzellenz inständig, die von den Parteien unabhängige autoritäre Form der Staatsführung zu erhalten. Die Unmöglichkeit einer in sich ehrlich zusammenhaltenden parlamentarischen Mehrheit ist durch das Ergebnis der Reichstagswahl am 6. November erneut festgestellt worden. Das deutsche Volk will keine irgendwie geartete Parteiherrschaft mehr. Es will eine starke, von den Parteien wirklich unabhängige Staatsführung, um endlich die friedliche Aufbauarbeit beginnen zu können."

*

Eine Entschließung der Christlich-Sozialen

Die Reichsführung des Christlichsozialen Volksdienstes hat in einer Entschließung zur politischen Lage Stellung genommen, die auch dem Reichspräsidenten übersandt wurde. Der Volksdienst hält danach an seiner grundsätzlichen Forderung einer starken Staatsführung fest und stellt sich entschlossen hinter Hindenburg. An den Parteien und ihren Führern liege es, auf das unfruchtbare Spiel des überspitzten Parlamentarismus zu verzichten und dem Ruf des Reichspräsidenten zu praktischer Aufbauarbeit zu folgen.

Die Vollsitzung des Reichsrats.

Die Entschließung des Verfassungsausschusses gebilligt.

Der Reichsrat stimmte in einer Vollsitzung der von seinem Verfassungsausschuß am 12. d. M. gefaßten Entschließung zur Frage des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu. Die Billigung der Entschließung erfolgte mit 54 gegen 7 Stimmen der preußischen Provinzen sowie Berlins bei Stimmenthaltung von Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und Mecklenburg-Strelitz.

Die Entschließung vertrat bekanntlich die Auffassung, daß die Maßnahmen des Reiches vom 29. und 30. Oktober dieses Jahres über die Einsetzung von Reichsministern ohne Geschäftsbereich weit hinausgingen, über diejenigen Maßnahmen, die auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli getroffen worden seien. „Ohne bei diesem Anlaß", so heißt es in der Entschließung, „die Frage der Rechtsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest, daß durch diese Maßnahmen eine grundlegende und tiefgreifende Veränderung im bisherigen verfassungsmäßig festgelegten Kräfteverhältnis zwischen dem Reich und Preußen, dem Reich und

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF